Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 183. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 8. August 1927

Das Spiel geht weiter.

Wenn die planmäßig begonnene „Enthüllungs"-aktion über angebliche deutsche Rüstungspläne oder über ebenso angebliche Verstöße gegen die Versailler Entwaffnungsbestimmungen nicht einen so überaus ernsthaften politischen Hintergrund hätte, so wäre man bisweilen versucht, über manches zu lachen, was dabei an „Beweismaterial" das Licht der erstaunt blickenden Welt erblickt, das aber in Paris, London und Brüssel überaus ernsthaft genommen wird. Oder man tut wenigstens so, als ob man es ernsthaft nimmt.

Da ist ein Geheimbericht des Generals Guillaumat, den er an den französischen Kriegsminister Painlevé und den Außenminister Briand geschickt hat. Guillaumat kommandiert die französischen Streitkräfte im besetzten Rheinland und berichtet nun furchtbare Dinge — alles „Tatsachen" natürlich — über die deutschen Rüstungen im besetzten Gebiet. Jawohl, im besetzten Gebiet, unter den Augen der 80 000 Franzosen, Engländer und Belgier. Da werden Sportgesellschaften, Reitervereine und ähnliches gegründet, alles nur, um die deutsche wehrfähige Mannschaft und die Jugend militärisch auszubilden und ein Rekrutenheer zu schaffen. Denn sie marschieren, treiben körperliche Übungen, werden als Reiter und Geschützfahrer ausgebildet. Noch mehr aber, viel viel mehr: da zeigt sich, laut Guillaumat, unter der Bevölkerung das „deutliche Bestreben", sich unter den verschiedensten Vorwänden zu bewaffnen. Freilich wagt der so sehr um seiner oder der Besatzungstruppen Sicherheit besorgte General nicht zu behaupten, daß dies „Bestreben" auch Erfolg gehabt hat.

Noch aus einigen anderen „Tatsachen" werden die finsteren Pläne der deutschen Regierung deutlich sichtbar: sie hat Wege und Eisenbahnlinien ausbessern lassen, plant den Bau neuer Brücken — alles natürlich nur, um die Schnelligkeit des deutschen Aufmarsches zu beschleunigen. Und wozu das Radio? Auch dieses dient nur dem Zweck, die Schlagkraft des deutschen Heeres zu erhöhen. Sagt Guillaumat. Er sagt auch, daß das Flug-, nicht zuletzt das Segelflugwesen, eine Gefahr für die Besatzung bedeute. Man sieht also, von welch furchtbaren Gefahren diese umgeben ist, und das war alles nur möglich, weil man der deutschen Regierung Konzessionen machte, sie sich im besetzten Gebiet also in dem Sinne betätigen kann, den Guillaumat und der französische Generalstab scharfsinnig enthüllen.

Denn darunter guckt der Pferdefuß hervor: der Bericht hält es auf Grund dieses „Beweismaterials" für selbstverständlich, daß aus dem Rheinland die Besatzung vorerst nicht entfernt werden darf, deren Anwesenheit die „Entwicklung des deutschen Programms" zwar nicht verhindern, aber doch verzögern könne; wenn die Besatzung abmarschiert sei, dann sei auch dies nicht mehr möglich.

Man hat sich in Deutschland den Kopf zerbrochen, welches die dunklen Quellen für die Anschuldigungen seien, die der belgische Kriegsminister de Broqueville gegen Deutschlands Abrüstung richtete; vielleicht war dieser Bericht Guillaumats auch eine von diesen Quellen. Möglich ist ja alles heutzutage, da man eine geschlossene Aktion gegen Deutschland in Gang gebracht hat, um eine entsprechende Atmosphäre auf der bevorstehenden Genfer Völkerbundtagung zu schaffen. Denn das ist dieses Treibens letztes Ziel und deswegen kann man über einen Bericht wie den oben angeführten des Generals Guillaumat leider nicht lachen.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Noch kein Ergebnis.

Nach Beendigung des letzten Pariser Ministerrats wurde ein kurzes Kommuniqué ausgegeben, das nichts über die deutsch-französischen Verhandlungen sagt. Der Handelsminister Bokanowski gab auch beim Verlassen des Elysées auf die Frage der Journalisten keine bestimmte Antwort, er sagte nur, daß der Abschluß der Verhandlungen bevorstehe. Ein neuer Ministerrat ist auf Dienstag angesetzt worden. Auf deutscher Seite wird es als fraglich angesehen, ob die Verhandlungen bis man versuchen, schon in den ersten Tagen der nächsten Woche zu einer Einigung zu gelangen. Nicht geklärt ist u. a. noch die Frage der Behandlung der elektrotechnischen Waren.

Drei Flugplätze im besetzten Gebiet.

Genehmigung der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat die Anlegung von drei Landungsplätzen für den Luftverkehr genehmigt. Der erste Landungsplatz ist für die Pfalz in der Nähe von Kaiserslautern vorgesehen, der zweite soll in Koblenz oder dessen unmittelbarer Nähe und der dritte auf dem Gelände des Rennplatzes Erbenheim für die Städte Mainz und Wiesbaden angelegt werden. Wegen der noch zu schaffenden Anlage des Flugplatzes bei Kaiserslautern dürfte der Flugverkehr mit der Rheinpfalz erst für das nächste Jahr in Frage kommen.

Die Attentatspanik in Amerika

Bombenexplosionen in Newyork und Philadelphia.

Vier Untergrundbahnhöfe zerstört.

In großen Schrecken ist namentlich die Bevölkerung der großen nordamerikanischen Städte gesetzt worden. Fast gleichzeitig wurden Bombenanschläge an verschiedenen Stellen verübt, die große Zerstörungen anrichteten und auch Menschenleben vernichtet haben sollen, obwohl darüber zunächst keine Mitteilungen ausgegeben werden.

Auf der Newyorker Untergrundbahn erfolgten in der Nacht vier gewaltige Explosionen. Die Anschläge ereigneten sich auf der Broadway-Linie, 28. Straße, und auf der Fourth-Avenue-Linie, 23., 28. und 33. Straße. Nach den ersten Berichten wurden durch die Broadway-Explosion sieben Personen verletzt. Nicht nur der Untergrundbahnverkehr wurde unterbrochen, sondern auch der Straßenbahnverkehr. Der Broadway war in der Nähe der Explosionsstelle mit Glassplittern und mit Waren bedeckt, die durch die Gewalt des Luftdrucks aus den Ladenfenstern herausgeschleudert worden waren. Die Polizei nahm Absperrungen vor, um Plünderungen der in Mitleidenschaft gezogenen Länden und Banken zu verhüten. Die Polizei gibt an, es hätten nur zwei Explosionen stattgefunden.

Die Erregung auf den Untergrundbahnlinien stieg ins Ungeheure. Die Züge mußten überall angehalten werden. Sechs Häuserblocks weit wurden in den Wolkenkratzern die Fenster zertrümmert, in Hotels und Restaurants wurden die Gäste von ihren Stühlen geschleudert. Eine Person wurde verhaftet, doch scheint es sich dabei nur um einen Plünderer und nicht um einen Attentäter zu handeln. Von den Verbrechern selbst fehlt jede Spur.

Ungefähr um die nämliche Zeit, wie bald eintreffende Berichte besagten, wurde ein Bombenattentat auf die Emanuel-Presbyterien-Kirche in Philadelphia unternommen, das ebenfalls große Verwüstungen anrichtete. Der um die Kirche liegende Block von 15 Straßen wurde in Mitleidenschaft gezogen. Der Luftdruck war so stark, daß sogar einige Straßenbahnwagen umgeworfen wurden. Der Attentäter warf die Bombe von der Straße aus mitten in den Kirchenraum; er konnte entkommen, ohne erkannt zu werden.

Bei Durchsuchung der Kirche in Philadelphia fand man noch eine zweite Bombe, die nicht explodiert war. Sie bestand aus einer Kanne mit Nitroglyzerin und war mit einer Zündkappe versehen, die offenbar versagt hatte. Die Bombe wurde Sachverständigen zur Untersuchung übergeben und man hofft dadurch den Urhebern der Attentate auf die Spur zu kommen.

Eine der Explosionen in Newyork entstand dadurch, daß der Untergrundbahnzug über eine auf den Schienen liegende Bombe hinwegfuhr, die bei der Berührung mit den Rädern des ersten Wagens in die Luft ging. Dabei wurden der Zugbegleiter und ein Passagier schwer verletzt. Auf der anderen Station ist die Bombe auf eine bestimmte Zeit abgestimmt gewesen; sie explodierte in der Nähe des Schalters, wobei eine Fahrkartenverkäuferin ebenfalls schwer verletzt wurde.

Anarchistische Racheakte.

Allgemein ist die Meinung, daß es sich bei den Bombenanschlägen um Racheakte der Anarchisten handelt, die ihre Ursache in der Angelegenheit Sacco—Vanzetti haben. Jedoch wird behauptet, daß durch solchen Terror die Möglichkeit der Begnadigung für die beiden Verurteilten nicht vermehrt, sondern auf ein Nichts vermindert ist. Die Bevölkerung ist aufs äußerste erbittert. Die Hinrichtung Saccos und Vanzettis soll in der Nacht vom 10. zum 11. August stattfinden. Den Verteidigern Saccos und Vanzettis ist auch Professor Francis Bayre von der Harvard-Universität beigetreten, ein Schwiegersohn Wilsons. In den nächsten Tagen sind weitere Schritte der Verteidigung beim Obersten Staatsgerichtshof von Massachusetts und beim Obersten Gericht in Washington geplant, um die Aufschiebung der Hinrichtung zu erreichen. Aufsehen erregte die Meldung, daß die Argentinische Kammer einen Beschluß gefaßt hat, beim Washingtoner Parlament zugunsten Saccos und Vanzettis zu intervenieren.

Vorsichtsmaßregeln.

Infolge der Attentate in Newyork und Philadelphia sind in allen größeren Städten Amerikas sofort umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Das Oberste Gericht in Washington erhält jeden Tag einen Stoß Drohbriefe, in denen weitere Attentate angekündigt werden. Alle Untergrundbahnstationen in Newyork sind von der Polizei besetzt worden, da man weitere Attentate befürchtet. Die gesamten Polizeikräfte Newyorks in Stärke von 14 000 Mann sind zum Schutz der öffentlichen Gebäude, Bahnstationen, Museen und Börsen mobilisiert worden.

Neue Bombenanschläge.

In Baltimore und Argentinien.

Die Erregung in Nordamerika wurde noch gesteigert durch Mitteilungen über einen Versuch, das Haus des Bürgermeisters von Baltimore durch eine Bombe in die Luft zu sprengen. Während der Bürgermeister sich gerade außerhalb der Stadt aufhielt, befanden sich seine Gattin, seine Kinder und andere Angehörige im Hause. Die Bombe explodierte in der Nähe der Veranda, die sie zerstörte. Verletzt wurde niemand. Die Feuerwehr fand in dem Wohnhause des Bürgermeisters noch eine zweite Bombe.

Wie aus Montevideo gemeldet wird, wurde eine nicht explodierte Bombe vor der dortigen Zweigstelle der Newyorker National City-Bank gefunden.

In einem Restaurant in Chikago und einem kleinen Laden in Rochester erfolgten Explosionen. Die Polizei bringt diese Fälle jedoch nicht mit der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit in Zusammenhang.

Gewaltakte in Argentinien.

Die Bewegung für einen Generalstreik als Sympathiekundgebung für Sacco und Vanzetti dehnt sich in Argentinien aus. Aus dem Innern des Landes werden Gewaltakte gemeldet. In Pergamine in der Provinz Buenos Aires wurde vor einem Automobilgeschäft eine Bombe geworfen. Die Schaufenster wurden zertrümmert. Eine weitere Bombe wurde auf eine Eisenbahnstrecke geschleudert, richtete jedoch nur unbedeutenden Schaden an.

In den Straßen fanden Demonstrationen statt. Die Ladenbesitzer wurden gezwungen, ihre Läden zu schließen. Diejenigen, die nicht geschlossen waren, wurden mit Steinen beworfen.

Ein unter dem Verdacht, an den Newyorker Anschlägen beteiligt gewesen zu sein, festgehaltener Mann hat ausgesagt, er heiße Maurice L. Seigel, sei 30 Jahre alt und von Beruf Zahnarzt. Er sei vor 14 Jahren aus Rußland eingewandert. Seigel bestreitet, irgendwie an dem Fall Sacco-Vanzetti interessiert zu sein.

Sämtliche Untergrundbahnstationen stehen unter besonderer Bewachung, auch sämtliche öffentliche Gebäude, Gerichtsgebäude, Börsen, Kirchen, Klubhäuser und die wichtigsten Bureaus und Wolkenkratzer. Die uniformierte Polizei und die Kriminalpolizei haben Befehl, alle Personen, die verdächtige Pakete tragen, anzuhalten und deren Inhalt zu untersuchen. Für sämtliche Großstädte des Ostens, z. B. Boston, Philadelphia und Baltimore, wurden ähnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Verschiedene Personen wurden verhaftet, aber nach der Vernehmung entlassen. Bei den Explosionen auf den beiden Newyorker Untergrundbahnstationen wurden mindestens 20 Personen verletzt, davon zwei schwer. Auf dem Untergrundbahnhof 4. Avenue war die Bombe in den Toilettenräumen versteckt worden.

Das Attentat in der Presbyterianerkirche in Philadelphia ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß der Geistliche am letzten Sonntag über den Fall Sacco und Vanzetti predigte und den „roten Radikalismus" in scharfen Ausdrücken verurteilte.

Der Sekretär des Gouverneurs Fuller erklärte, der Gouverneur werde über die Petition, in der er um Einleitung eines neuen Prozesses in der Sache Sacco-Vanzetti ersucht werde, erst am Montag entscheiden.

Bewachung der amerikanischen Botschaft in Paris.

Die amerikanische Botschaft und die übrigen Dienststellen der amerikanischen Regierung in Paris werden im Hinblick auf den Fall Sacco und Vanzetti scharf bewacht. Außer der Delegation des internationalen Gewerkschaftskongresses ist auch eine Delegation der Internationalen Roten Hilfe auf der amerikanischen Botschaft erschienen, um für die Begnadigung Saccos und Vanzettis einzutreten. Der Ministerrat hat beschlossen, alle öffentlichen Kundgebungen zugunsten Saccos und Vanzettis zu verbieten.

Neue Erklärung Coolidges.

Rücktritt vom Amt am 4. März 1929.

Im Anschluß an den Abbruch der Genfer Marinekonferenz war berichtet worden, daß Präsident Coolidge 1929 eine neue Abrüstungskonferenz einberufen werde. Diesen Gerüchten tritt jetzt Coolidge selbst entgegen.

In seiner Sommerfrische in Rapid City hat er Pressevertretern gegenüber erklärt, daß er nicht die Absicht habe, noch eine Seeabrüstungskonferenz einzuberufen, da er am 4. März 1929 zurücktreten werde. Diese Erklärung wird allgemein so gedeutet, daß der Präsident unter keinen Umständen eine Wiederwahl annehmen werde.

Nur der Vollständigkeit halber sei mitgeteilt, daß in Amerika die phantastischsten Meldungen über neue Flottenbaupläne der Vereinigten Staaten im Umlauf sind.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF